Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.70, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 20 Pf. berechnet, bei mehrmaliger Wiederholung mit Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 15 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 23. Dresden, Donnerstag den 29. Januar 1914. 25. Jahrg.

Die Reichstagsersatzwahl im Wahlkreis Bernburg wurde auf den 17. März festgesetzt.

Der Staatssekretär Zorn von Bulach teilte in einer Kommission der Elsaß-Lothringischen Kammer mit, daß die elsaß-lothringischen Regierungsmänner Rücktrittsgesuche eingereicht hätten.

Gegen den Leutnant v. Forstner ist ein Verfahren wegen Verführung einer Minderjährigen eingeleitet worden.

Wilhelm II. hat gelegentlich der vorgestrigen Gratulationscour gegen den Reichstag demonstriert.

Infolge Explosion der Pulverkammer flog gestern Fort Arezzi bei Genua in die Luft. Fünf Soldaten wurden getötet.

Ein politischer General.

Man redet davon, daß die Armee außerhalb des Parteigetriebes und der Politik stehe. In Wahrheit ist diese Behauptung die denkbar gröbste Verfälschung der Tatsachen, soweit es sich um die Offiziere handelt.

Der „gewöhnliche Mann" allerdings muß sich von der Politik aufs strengste fernhalten. Er darf politische Versammlungen nicht besuchen und politische Gespräche nicht führen. Gegen Zuwiderhandlungen werden die schwersten Strafen verhängt. Ganz anders aber die Offiziere und vor allem die hohe Generalität. Diese ist nicht nur nicht unpolitisch, sie politisiert sogar mit größtem Eifer und sie bildet vielleicht die stärkste politische Macht im Deutschen Reiche.

Die Politik der Generale ist eine Politik besonderer Art. Sie läßt sich nicht auf Einzelheiten ein, sie kennt keine feineren Unterscheidungen, sie braucht nicht Wissen und gründliche Kenntnisse. Sie macht nicht viel Federlesens und überträgt schließlich das rasselnde Kommandowort auf alle Angelegenheiten des staatlichen Lebens.

Die Generalität ist aber zugleich nichts anderes als der Ausschuß des herrschenden Junkertums. Die Generale sind fast durchweg Sprößlinge von Adelsfamilien und ihre politische Auffassung beschränkt sich auf den Fundamentalsatz, daß der heutige Junkerstaat das vortrefflichste Gebilde vorstellt und daß jeder, der ihn zu beseitigen strebt, ein abscheulicher Staatsverbrecher und Vaterlandsverräter ist. Diese Politik vertreten die Machthaber der Armee und zum Instrument dieser Politik machen sie die Armee, das sogenannte Volksheer.

Beweiskräftige Beispiele für diese Tatsachen erbringt fast jeder Tag, an dem bald hier, bald dort einer der Kommandierenden den Mund zum Reden auftut. Ein besonders beweiskräftiges Beispiel gab soeben der Kommandant General des XVII. Armeekorps Exzellenz v. Mackensen, Generaladjutant des Kaisers. Bei dem Kaiser-Geburtstagsessen der Danziger Bürgerschaft, an dem die Spitzen aller dortigen Behörden teilnahmen, hielt dieser General eine Ansprache, die der reaktionäre Berliner Lokalanzeiger als „bemerkenswert" bezeichnet und die in der Tat bemerkt und verzeichnet zu werden verdient. Der General v. Mackensen führte — seine Kaiserhymnen können wir beiseite lassen — unter anderem folgendes aus:

„In einer Zeit, die alles demokratisieren möchte, gelte es ganz besonders, die Königstreue wieder zu bekennen und zu bestätigen. Gerade in diesen Tagen von La Rothière, da war es wieder einmal Preußen, das Oesterreich, die Russen und, wenn auch mit Widerstreben, manchen deutschen Staat, manche deutschen Stämme mit sich fortriß, jenseits des Rheins auf Paris ... Und heute, meine Herren! Gottesfurcht, Königstreue, Vaterlandsliebe, Staatsgefühl, der Sinn für Zucht und Ordnung, kurz, alle die Tugenden, die den militärischen Geist ausmachen, sind die heute noch so lebendig wie damals? Der Haß gegen die Monarchie, gegen die Religion, ja gegen die Armee, der Haß gegen Preußen wird selbst gegen deutsch-nationales Empfinden wird auf allen Straßen der Reichshauptstadt verkündet und an anderen Verkehrszentren. Ein Teil unserer Tagesliteratur hat sich von den hehren Aufgaben der Presse abgewendet und sucht alles, was uns heilig ist, was uns groß gemacht hat, in den Staub, sucht etwas darin, den Zwiespalt noch zu erweitern und uns im Auslande zu verdächtigen — und weiter, meine Herren, die Zeit von jetzt, sie wird weit überwiegend beherrscht von der Sorge um wirtschaftliches Gedeihen, um Genießen. Idealismus wird verlacht, die Zahl, zumal, wenn sie metallischen Klang hat, bedeutet alles; die Unzufriedenheit wird geschürt, alle Wohltaten, alle soziale Fürsorge, Versicherungen, Renten, aller Wohlstand steigert nur die Begehrlichkeit und der Geist des Umsturzes, der Auflehnung schleicht in die Gemüter, bedroht den gesunden Sinn unseres Volkes und unserer Jugend."

Da haben wir die „unpolitische Armee"!

Nehmen wir an, ein einfacher Soldat würde bei einer festlichen Angelegenheit auserkoren, eine Ansprache zu halten, und er würde sagen:

Wir leben in einer Zeit, in der bevorrechtete Klassen die selbstverständlichen Grundsätze der bürgerlichen Gleichberechtigung nicht anerkennen. Wir leben in einer Zeit, in der Preußen sich über alle anderen deutschen Stämme erhebt. Wahre Vaterlandsliebe, echtes Staatsgefühl, soziale Gesinnung, wie sie dem Christentum entspricht, Streben nach Verbesserung der menschlichen Zustände, kurz alle die Tugenden, die den Kulturmenschen auszeichnen, sind sie bei jenen Preußen lebendig? Keineswegs! Der Haß gegen das Volksrecht, der Mißbrauch der Religion, der Widerwille gegen die Reichseinheit, wenn sie eine einheitliche werden soll, wird in allen Junkerparlamenten verkündigt. Die konservative Tagesliteratur weiß nichts von den edlen Aufgaben der Presse und zieht alles, was gerecht und wertvoll für unseres Volkes Gedeihen ist, in den Staub. Diese Presse würdigt uns vor dem Auslande herab und macht uns zum Gespött der Völker.

Die heutige Zeit wird von der Genußsucht beherrscht. Der Kapitalismus hat den Idealismus erdrückt. Auch beim hohen Militär, bei dem einst von der altpreußischen Einfachheit die Rede war, herrschen Materialismus und Mammonismus. Selbst die Generale begehren nach immer höheren Gehältern und Pensionen. Je mehr die besitzenden Klassen ihre Vermögen gesteigert haben, um so mehr trachten sie nach Gewinn und Luxus — trotz allem furchtbaren Elend, das in unserem arbeitenden Volke vorhanden ist. Der Geist der Hoffahrt, der Unterdrückungssucht, der Verachtung des einfachen Volkes schleicht in die Gemüter, bedroht die gesunde Entwicklung unseres ganzen Volkes ...

Wenn also der einfache Soldat gesprochen hätte — wie viele Paragraphen des Militärstrafgesetzbuches würden auf ihn niederlaufen, wie viele Jahre Gefängnis würden ihm zudiktiert werden! Der Soldat darf nicht politisieren, darf keine eigene Meinung äußern. Aber der General darf in angeblich unpolitischen Formen Politik betreiben. Er darf die gehässigsten Angriffe gegen ganze Parteien loslassen und die reaktionäre Presse jubelt ihm zu. Der General hat bei den falschen Behauptungen, die er gegen den „Umsturz" und die „schlechte Presse" aufstellt, allerdings den mildernden Umstand, daß er von all diesen Dingen keinen Schimmer hat. Er redet nur in den allgemeinen großspurigen Schimmer hat. Er redet nur in den allgemeinen großspurigen Redensarten, die in Kriegervereinskreisen üblich sind und die keinerlei geistige Anstrengung erfordern.

Es ist ein skandalöser und heuchlerischer Zustand, daß man die Armee für unpolitisch erklärt und die Soldaten mit drakonischen Androhungen vom politischen Leben des Volkes absperrt, daß aber zugleich die Vorgesetzten fortgesetzt sich in politischen Reden ergehen und ganze große Volksteile mit groben Schmähungen überhäufen dürfen.

Exzellenz v. Mackensen hat wiederum den Beweis erbracht, daß die Generalität nicht etwa eine unparteiische und unpolitische Behörde ist, die nur der Verteidigung des Vaterlandes dienstbar sein will. Er hat erwiesen, daß die Generalität in Wahrheit eine durch und durch politisch gerichtete und volksfeindlich sich betätigende Körperschaft ist. Daß diese Tätigkeit noch dazu ohne Wissen und ohne Takt ausgeübt wird, das — brauchen wir diesen Junkerlingen nicht weiter zu verübeln!

Wilhelms Demonstration gegen den Reichstag!

Den Demonstrationen der Junker gegen den Reichstag hat sich jetzt auch der Deutsche Kaiser in ungewöhnlicher Form angeschlossen. Und zwar an seinem Geburtstag, als das Präsidium des Reichstags im Schloß erschien, um dem Kaiser die Glückwünsche des Parlaments zu überbringen. Dieser Vorgang spielte sich bisher stets so ab, daß der Präsident und die beiden Vizepräsidenten vortraten: der Präsident sprach dem Kaiser die Glückwünsche des Reichstags aus, der Kaiser reichte dann den Herren die Hand und beauftragte sie, dem Reichstag seinen Dank zu überbringen. Als diesmal das Reichstagspräsidium vor den Kaiser trat, hörte er völlig gleichgültig den Glückwunsch des Präsidenten Kaempf an, erwiderte kein Wort, beauftragte die Herren auch nicht, dem Reichstage seinen Dank auszusprechen und reichte ihnen auch nicht, wie sonst üblich, die Hand, sondern ließ sie einfach gehen. Desto leutseliger unterhielt sich Wilhelm II. mit den unmittelbar darauffolgenden Präsidien des preußischen Herrenhauses und des preußischen Landtages. Er begrüßte diese echtpreußischen Leute mit kräftigem Händedruck, scherzte mit ihnen, dankte ihnen für die Gratulation und gab ihnen den Auftrag, diesen Dank den beiden Häusern des Landtages zu übermitteln.

Ueber die Wirkung dieses höfischen Ereignisses wird uns aus Berlin gemeldet:

Der ganze Vorgang erregte bei der Defiliercour selbstverständlich das größte Aufsehen, und allgemein hatte man die Ueberzeugung, daß diese Behandlung des Reichstags-Präsidiums nicht nur diesem, sondern dem ganzen Reichstag galt und gewissermaßen die Antwort sein sollte auf das Verhalten des Reichstages in der Zabern-Affäre anläßlich der Verhandlungen vom 1. und 4. Dezember 1913. Der Präsident des Reichstages, Dr. Kaempf, konnte daher auch in der Sitzung vom Mittwoch dem Reichstage nur mitteilen, daß er dem Kaiser die Glückwünsche des Parlaments übermittelt habe, während er sonst hinzufügen konnte, daß ihn der Kaiser beauftragt habe, dem Parlament seinen Dank auszusprechen. — Wie wir noch erfahren, hat das Präsidium des Reichstages nach dieser Behandlung die Einladung zum Diner zurückgehen lassen.

Das Berliner Tageblatt klammert sich krampfhaft an die Hoffnung, daß die Nachricht falsch, daß der unterbliebene Händedruck keine Bedeutung haben möge. Das Blatt meint, es hieße „dem Taktgefühl des Kaisers zu nahe treten, wenn man ihm unterstellen wollte, daß er sich ausgerechnet die Gratulationscour an seinem Geburtstage für eine Demonstration gegen den Reichstag aussuchte". Warum soll er nicht? Wilhelm II. hat halt ein anders geartetes Taktgefühl, als das Moseblatt für wünschenswert hält. Wilhelm II. hat schon Soldaten ermahnt, im Bedarfsfalle nach Kommando auf Vater und Mutter zu schießen, er hat Millionen Deutscher als Elende und Vaterlandslose hingestellt, er hat sein Gottesgnadentum in einer Weise betont, daß die loyalsten Bürger die Hände über dem Kopfe zusammenschlugen — warum soll ihm der Takt verbieten, die Reichstagsvertretung gelegentlich der Gratulationscour zu brüskieren?

Hat sich die bürgerliche Mehrheit in der Zabernkrise etwa so mannhaft benommen, daß der Absolutismus davor zurückschrecken müßte, dieser Mehrheit einen Nasenstüber um den anderen zu versetzen? Hat diese Mehrheit je auch nur versucht, Männerstolz vor Königsthronen zu zeigen? Hat sie mit ihrer servilen Untertänigkeit nicht erst jene monarchische Selbstherrlichkeit großzüchten helfen, von der sie sich jetzt durch unterbliebene Händedrücke mißachtet fühlt?

Jedes Parlament genießt die Achtung oder Mißachtung, die es verdient. Gerade die bürgerliche Reichstagsmehrheit mit ihren freisinnig-liberalen Umfallsseelen und klerikalen Dunkelmännern hat die Würde des Parlaments in den letzten Wochen derart unter die militaristischen Kürassierstiefeln trampeln lassen, daß Wilhelm II. schließlich auch diese Demonstration „ausgerechnet bei der Gratulationscour" riskieren konnte.

Es ist ziemlich gleichgültig, wieviel an dem Vorfall wahr ist und wieviel nicht. Denen, die sich zu solch höfischem Treiben drängen, geschieht mit jeder Brüskierung recht. Die Sozialdemokratie aber kann für solche absolutistische Demonstrationen, die derart offen die Ueberlebtheit der Monarchie dokumentieren, nur so dankbar sein, wie sie für jede republikanische Propaganda dankbar ist.

Der Sieg der Militaristen.

Schon seit längerer Zeit war es klar, daß der Sieg der Militaristen in der Zabernaffäre den Rücktritt der elsaß-lothringischen Regierung zur Folge haben werde. Es wurde fast jeden Tag ein anderer Mann als künftiger Nachfolger des jetzigen Statthalters Grafen Wedel genannt. Die abenteuerlichsten Gerüchte tauchten auf, allerdings nur, um am nächsten Tage prompt dementiert zu werden. So wurde zum Beispiel der frühere Reichskanzler Fürst Bülow als künftiger Statthalter von Elsaß-Lothringen bezeichnet. Vor einigen Tagen hieß es, Herr v. Schorlemer-Alst, der preußische Landwirtschaftsminister, sei der Auserkorene. Auch diese Meldung wurde von der Deutschen Tageszeitung als unrichtig bezeichnet. Jetzt liegt folgendes Telegramm vor:

Straßburg, 28. Januar. Der Staatssekretär Zorn von Bulach hat heute nachmittag in der **Budgetkommission der Zweiten Kammer erklärt**, daß die Regierung von Elsaß-Lothringen die Konsequenzen aus den Verhandlungen des Falles Zabern im Reichstage gezogen hat, das heißt, **daß der Rücktritt der gesamten elsaß-lothringischen Regierung zu erwarten ist.** Wie in gutunterrichteten Kreisen verlautet, soll sich der Rücktritt auch auf den Präsidenten des Oberschulrats, Dr. Albrecht, beziehen, als dessen Nachfolger im Bayrischen Kurier ein der Zentrumspresse nahestehender Herr bezeichnet wird, worunter sehr leicht der Professor Martin Spahn zu verstehen ist. Eine derartige Maßnahme tritt heute abend auch in Straßburg auf.

Wie die Entscheidung über das Rücktrittsgesuch der elsaß-lothringischen Regierung ausfallen wird, darüber kann wohl kein Zweifel sein. Man kann nicht behaupten, daß sich die elsaß-lothringischen Regierungsleute in der Zaberner Angelegenheit sehr heldenhaft benommen haben. Aber sie haben sich doch auf den Standpunkt gestellt, daß derartige Uebergriffe, wie sie sich Reuter und seine Leutnants in Zabern erlaubt hatten, mit den Gesetzen im Widerspruch stehen. Dafür müssen sie nun weg, während die an den Zaberner Skandalen Schuldigen freigesprochen und dekoriert wurden. Das Berliner Tageblatt meint, die letzte Veranlassung zur Einreichung der Rücktritte habe die Tatsache gegeben, daß der Reichskanzler das Urteil des Kriegsgerichts hinnahm, ohne Revision beim Reichsmilitärgericht einreichen zu lassen und somit die Zivilverwaltung preisgab. Als Nachfolger des Grafen Wedel wird bezeichnenderweise in erster Reihe ein General genannt. Und zwar soll der jetzige kommandierende General in Karlsruhe, Freiherr v. Hoiningen, genannt v. Huene, angeblich Statthalter werden.

Ein General als oberster Beamter in Elsaß-Lothringen. Das wäre allerdings der passendste Abschluß für die Zaberner Affäre. Dann wäre alles in Ordnung. Schade ist's nur, daß man die Sache nicht noch einfacher machen kann. Es wäre doch schön, wenn man den General nicht erst zum Statthalter zu ernennen brauchte, als welcher er sich ja schließlich mit dem unbequemen elsaß-lothringischen Parlament herumschlagen muß. Wie gut wäre es, wenn man einfach die Elsaß-Lothringer dem kommandierenden General

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140129/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG